

05. August
2022

Preisdeckel, Rabatte und Geschenke sind der falsche Weg.

Wie der Staat den Bürgern am besten hilft



Ein Policy Brief der



Agenda
Austria

Der Großhandelspreisindex für Gas ist seit Juni des letzten Jahres auf das Fünffache gestiegen. Der Großteil der Teuerung ist noch gar nicht bei den Endverbrauchern angekommen, weil die Energieversorger steigende Einkaufspreise mit Zeitverzögerung an ihre Kunden weitergeben. Dennoch ist in Österreich bereits eine Art Wettbewerb über die Frage entbrannt, wie den Bürgern am besten zu helfen wäre. Eine Strompreisbremse soll es nun im Herbst richten. Aber ist das der richtige Weg? Soll die Politik überhaupt weiter eingreifen? Welche Folgen hätte ein Rechnungsdeckel? Die Agenda Austria liefert Antworten auf die wichtigsten Fragen:

Braucht es eine staatliche Bremse für die Strompreise?

Die österreichische Bundesregierung hat ab Herbst eine „Strompreisbremse“ angekündigt. Diese soll inhaltlich auf dem Rechnungsdeckel von WIFO-Chef Garbiel Felbermayr basieren und die Stromrechnungen der heimischen Haushalte deckeln, sofern der Verbrauch eine bestimmte Menge nicht übersteigt. Neben technischen Umsetzungsschwierigkeiten tun sich aber viele Fragen auf: Wie viel des Stromverbrauchs soll der Staat subventionieren? Wie soll er ausbezahlt werden?

Die wichtigste Frage ist aber, warum gleich alle Bürger in den Genuss einer staatlichen Unterstützung kommen sollen – auch jene, die es gar nicht nötig haben. Der Staat hat schließlich kein eigenes Geld, er verteilt nur das von den Bürgern kassierte um. Dieses System kann aber nicht funktionieren, wenn alle Empfänger sein wollen. Am Ende muss der Zuschuss finanziert werden. Und so werden sich die Bürger ihre Hilfszahlungen doch wieder selbst zahlen. Oder noch schlimmer: Sie lassen die Rechnung den nächsten Generationen zukommen. Wir von der Agenda Austria empfehlen, sich bei den Hilfszahlungen ausschließlich auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, statt mit der Förder-Gießkanne durch das Land zu spazieren.

Insgesamt sollten folgende Kriterien immer Berücksichtigung finden:

— **Treffsicherheit:** Steigende Kosten belasten alle Menschen mit höheren Einkommen zahlen nominell sogar mehr. Aber sie können sich die hohen Preise auch eher leisten. Der Sozialstaat ist nicht dafür gedacht, jeden Wohlstandsverlust zu kompensieren. Er soll lediglich Notlagen verhindern.

— **Wenig Bürokratie:** Für eine hohe Treffsicherheit sind oftmals Informationen über Verbrauch, Kosten und Einkommen notwendig, die dem Staat nicht direkt zur Verfügung stehen. Es muss daher ein Weg gefunden werden, wie die Entlastungspakete möglichst treffsicher gestaltet werden, ohne dafür eine aufwendige Bürokratie auf den Plan zu rufen. Das Beispiel des Energiebonus zeigt, dass nicht jede gut gemeinte Idee auch in der Praxis funktioniert. Einen ersten Orientierungspunkt für Hilfsangebote bieten bereits bestehende Sozialleistungen, wie zum Beispiel die Mindestsicherung, Wohnbeihilfe oder Mindestpension. Aber auch Geringverdiener sind stark gefordert. Auf sie darf nicht vergessen werden, sonst sinkt der finanzielle Anreiz, einer Arbeit nachzugehen. Die Ausweitung der Negativsteuer wäre ein guter Weg, um Erwerbstätige mit geringem Einkommen zu entlasten.

— **Hohe Geschwindigkeit:** Die Preise sind bereits gestiegen. Die Kosten für Güter des täglichen Bedarfs sind deutlich höher als vor einem Jahr, und einige Haushalte werden auch bereits Nachzahlungen für Strom und Gas entrichtet haben. Daher sollten die Hilfen schnell fließen.

— **Das richtige Maß:** Wenn Menschen die Stromrechnung nicht mehr zahlen können, weil sich die Preise verdoppelt haben, brauchen sie Hilfe. Das heißt aber nicht, dass ihnen das Vierfache der Stromrechnung zu erstatten ist. Je mehr Geld der Staat verteilt, desto größer wird die Gefahr, dass er damit die Inflation noch weiter anheizt, weil er die Nachfrage künstlich hochhält.

— **Gute Übersicht:** Mitte des Jahres sollten keine Programme auf einzelne Bereiche abzielen. Die Strom- und Gaspreise sind gestiegen, aber auch die Kosten für Lebensmittel und viele andere Produkte haben stark zugelegt und werden noch weiter steigen. Statt für jeden Teilbereich und jedes Bundesland eine eigene Lösung zu suchen, sollte die Gesamtsituation berücksichtigt werden, damit das System übersichtlich und leicht steuerbar bleibt.

— **Politische Zurückhaltung:** In den nächsten Monaten stehen mehrere Wahlen auf dem Programm. Doch Wahlkämpfe eignen sich nicht für Sozialpolitik. Wer als Politiker um Stimmen wirbt, erliegt zu leicht der Verlockung, die eigenen Wähler mit Geschenken zu ködern. Diese ist aber selten genau jene Gruppe, die die Hilfen am nötigsten braucht. Noble Zurückhaltung wäre also angebracht.

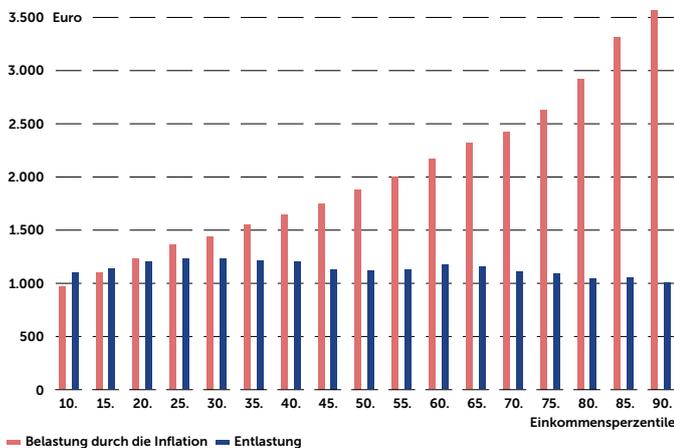
— **Erhaltung von Sparanreizen:** Da Russland kein vertrauenswürdiger Lieferant mehr ist, wird Österreich der Gasknappheit vor allem durch den Ausbau alternativer Energiequellen, aber auch durch Sparen entkommen. Daher sollten die Preissignale erhalten bleiben. Damit die Haushalte rechtzeitig mit dem Sparen anfangen können, sollten sie von den Energieversorgern so früh wie möglich über die zu erwartenden Kosten informiert werden.

Die Regierung hat für das Jahr 2022 bereits Antiteuerungspakete im Ausmaß von 4,7 Mrd. Euro beschlossen.¹ Damit werden alle Haushalte in Österreich entlastet. 90 Prozent der Haushalte bekommen mehr als 1.000 Euro an staatlicher Unterstützung durch die drei Hilfspakete. Bei den untersten fünf Prozent sind es knapp 1.200 Euro, bei den obersten zehn Prozent knapp unter 1.000 Euro.

Abb. 1: Belastung durch die Inflation und Entlastungspakete 2022

Was uns die Inflation kostet und wie die Regierung gegensteuert

– in Euro, nach äquivalisiertem Haushaltseinkommen



Quellen: Eigene Berechnungen, Statistik Austria (Konsumerhebung 2019/2020), Fiskalrat.
Anmerkung: Unter der Annahme, dass die Jahresinflation den Werten des Monats Mai 2022 entspricht (7,7 Prozent).



Ein neues Anti-Teuerungswerkzeug, das noch dazu alle Bürger im Blick hat, braucht es angesichts dieser Summen derzeit nicht. Für die unteren Einkommen (einkommensschwächsten 15 Prozent) übersteigt die Entlastung derzeit den Anstieg der Konsumausgaben durch die Inflation.²

Würde die Teuerung für die Mindestsicherungs- und Wohnbeihilfebezieher aufs Jahr gerechnet auf zehn Prozent ansteigen, sollte die Regierung eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro bis 200 Euro an die Betroffenen auszahlen, um in Kombination mit bereits beschlossenen Maßnahmen den Preisanstieg zu kompensieren. Bei 15 Prozent Preisauftrieb wären rund 800 Euro zusätzlich zu den ersten drei Paketen notwendig. Höhere Einkommensgruppen sind bereits durch die ersten drei Pakete mehr als ausreichend kompensiert worden. Die Inflation führt in Österreich zu Wohlstandsverlusten, die von der Regierung nicht verhindert werden können. Sie kann den einkommensschwachen Haushalten nur durch Umverteilung helfen, die Belastungen tragen zu können. Entsprechend sollte es den übrigen Haushalten unter Berücksichtigung der bestehenden Hilfspakete möglich sein, die Preissteigerung aufzufangen.

Im kommenden Jahr werden viele Sozialleistungen durch die Gesetzesänderungen valorisiert und entsprechend deutlich steigen. Sollte die Inflationsrate auch im kommenden Jahr über dem doppelten Wert der Preisstabilität, also oberhalb von vier Prozent liegen, dann sollte die Regierung die Valorisierung bereits unterjährig im Sommer unter Bezug auf die Inflationsprognosen der Wirtschaftsforschung beschließen.³ Damit würde Geld schneller fließen und der Staat, anstatt die Mehrkosten im Nachhinein zurückzuerstatten, in Vorleistung treten.⁴

Damit sich Arbeit auch nach der Erhöhung der Sozialleistungen weiterhin lohnt, sollte auch die Negativsteuer entsprechend angehoben werden. Diese steht Arbeitnehmer zu, deren Einkommen so gering sind, dass diese nicht besteuert werden. Damit sie dennoch gegenüber der Inaktivität einen Anreiz haben einer Tätigkeit nachzugehen und sich so produktiv in die Wohlfahrtsmehrung einzubringen, erhalten sie eine Art Gutschrift auf die Sozialversicherungsbeiträge. Damit sich die Anreize durch die Anpassung der Sozialleistungen nicht verringern, muss auch die Negativsteuer angepasst werden. Falls die Regierung den einkommensstärkeren Haushalten helfen will, bietet sich die Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern sowie der Sozialversicherungsabgaben an. Wäre ein Durchschnittsverdiener in Österreich so stark besteuert wie sein schwedisches

¹ Fiskalrat (2022).

² Unter der Annahme, dass die Jahresinflation den Werten von Mai 2022 (7,7 Prozent) entspricht.

³ Als Basis können die Prognosen der Europäischen Kommission, des IHS, der OeNB und des WIFO herangezogen werden.

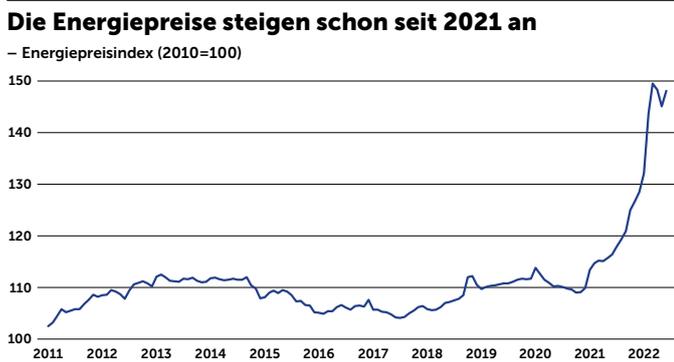
⁴ Bei Abweichung der realisierten Inflation von den Prognosen sind die Differenzen bei der nächsten Anpassung zu korrigieren.

Gegenüber, blieben ihm monatlich rund 250 Euro netto mehr übrig.

Warum ist Energie so teuer?

Wie auch bei anderen Produkten richten sich die Energiepreise nach Angebot und Nachfrage. In wirtschaftlich guten Zeiten steigt die Nachfrage und damit der Preis. In Schwächephasen, wie beispielsweise im Corona-Jahr 2020, sinkt die Nachfrage; die Preise gehen runter.

Abb. 2: Starker Anstieg der Energiepreise nach Corona



Quelle: Statistik Austria.
Anmerkung: VPI Kategorie 4.5 (Strom, Gas und andere Brennstoffe).



Mit Beginn des Jahres 2021 fingen die Energiepreise wieder an zu steigen. Das ist in erster Linie auf die rasche Erholung der Wirtschaft zurückzuführen. Die Nachfrage erhöhte sich sehr schnell, während das Angebot nur langsam wieder hochgefahren werden konnte.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine verschärft seit Ende Februar den Preisauftrieb noch einmal deutlich. Für viele Länder der EU ist Russland der wichtigste Erdgaslieferant. In Österreich ist die Abhängigkeit besonders stark; 80 Prozent der heimischen Gasimporte kamen bisher aus Russland.

Welche Folgen hätte ein Preisdeckel?

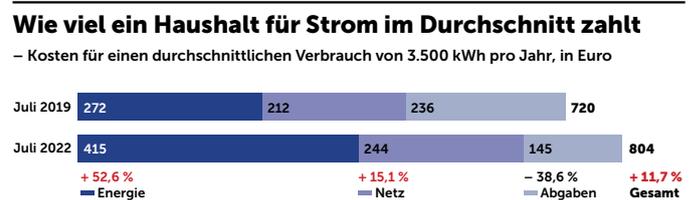
Markpreise reagieren auf Angebot und Nachfrage. Je knapper eine Ware, desto höher der Preis. Wenn die Politik den Preisen ein Limit setzt, gehen die knappen Güter dorthin, wo die höchste Zahlungsbereitschaft besteht – also in Länder ohne Begrenzungen. Das heißt: Ein Deckel führt zwar zu sinkenden Preisen. Allerdings gibt es weniger Anbieter, die das Produkt tatsächlich verkaufen. Das Problem wird noch verschärft, weil niedrigere Preise zu mehr Konsum motivieren. Der Deckel macht also aus einem Preisdruck ein Versorgungsproblem. Aus Knappheit wird Mangel.

Die Idee eines Gaspreisdeckels scheidet daher aus. Würden Lieferanten ihr Gas nur noch zu einem bestimmten Preis an österreichische Kunden verkaufen dürfen, dann würden sie sich andere Abnehmer suchen, die mehr zahlen. Österreich bekäme also sehr viel weniger Gas oder gar keines mehr geliefert. Auf diesen Umstand wies auch der deutsche Vizekanzler Robert Habeck während seines Besuchs in Wien hin: „Wenn zum Beispiel österreichische Versorger sagen würden, wir kaufen nur noch zur Hälfte des Preises, dann wäre die Folge, dass kaum jemand nach Österreich liefern würde, sondern dorthin, wo der höchste Preis bezahlt wird.“⁵ Allenfalls funktionieren könnte ein Gaspreisdeckel nur auf europäischer Ebene. Besser wäre aber eine Art Nachfragekartell, in dem die Mitgliedstaaten bei der Beschaffung kooperieren und dadurch den Preis drücken. Streng genommen ist das zwar ebenfalls eine Art von Marktmissbrauch. Doch in der aktuellen Situation wäre es dennoch eine mögliche Strategie, zumal ja auch die Anbieter als Monopol (oder Oligopol) auftreten und die Preise ebenfalls nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien festsetzen. Ein Kartell würde in dieser Situation also die Marktmacht besser verteilen.

Warum wird auch grüner Strom teurer?

Es ist nachvollziehbar, dass durch die gestiegenen Gaspreise die Heizkosten für Haushalte, die mit Gas heizen, nach oben gehen. Doch auch Strom wird teurer. Kostete eine Kilowattstunde im Juli 2019 noch rund 8 Cent, sind es im Juli 2022 schon knapp 12 Cent.⁶ Aktuelle Strompreisprognosen gehen von noch höheren Preisen im kommenden Jahr aus.

Abb. 3: Steigende Stromkosten



Quellen: Eigene Berechnungen, E-Control, e.venture (2022).



Und das, obwohl der Strommix in Österreich fast ohne Gaskraftwerke auskommt. Viele Menschen empfinden das als besonders unfair, weshalb nun Rufe nach einem

⁵ <https://www.derstandard.de/story/2000137403910/deutscher-vizekanzler-habeck-zu-preisdeckel-kaum-jemand-wuerde-oesterreich-beliefnern>
⁶ Durchschnittlicher Strompreis bei einem durchschnittlichen Jahresverbrauch (3.500 kWh pro Jahr).

Strompreisdeckel laut werden. Hintergrund ist wohl auch, dass bei den großteils staatlichen Stromversorgern und den Betreibern von Windparks sehr hohe Gewinne entstehen, die als problematisch empfunden werden.

Die Strompreise steigen mit den Gaspreisen – und zwar auch dann, wenn der Strom vorwiegend aus erneuerbaren Quellen wie etwa Wasserkraft gewonnen wird. An der Strombörse werden in jeder Auktion die teilnehmenden Anbieter nach ihren Grenzkosten aufsteigend sortiert (die sogenannte „Merit Order“). Dadurch wird sichergestellt, dass nur die günstigsten Anbieter zum Zuge kommen und die teuersten ausscheiden. Der Endpreis wird aber durch das zuletzt zugeschaltete Kraftwerk bestimmt. Das erscheint zwar widersinnig, ist aber in vielen Märkten so. Indem die günstigsten Anbieter einen Preis oberhalb ihrer Grenzkosten bekommen, erwirtschaften sie eine sogenannte „Produzentenrente“, die sie benötigen, um ihre Fixkosten zu decken und um Gewinne zu erzielen. Da in Österreich das teuerste Kraftwerk derzeit meist ein Gaskraftwerk ist und die Gaspreise stark zugelegt haben, steigen auch die Preise für Strom derzeit an.

Brauchen wir ein neues Modell für den Strompreis?

Nicht unbedingt. Erstens gilt das System europaweit. Eine Veränderung müsste also EU-weit koordiniert werden. Das System hat uns in den letzten (ruhigen) Jahren aber auch gute Dienste erwiesen. Durch die konsequente Vorreihung der billigsten Anbieter und den Ausbau der Erneuerbaren wurde Strom günstiger. Zugleich waren die Anreize hoch, in den Ausbau der Erneuerbaren zu investieren. Dieser Trend sollte fortgesetzt werden. Je seltener wir für den täglichen Strombedarf ein Gaskraftwerk zuschalten müssen, desto besser. Schon jetzt ist der Strom in Österreich an einigen Tagen des Jahres praktisch kostenlos.⁷

Die Alternative zur Merit Order wäre ein Bieterverfahren, in dem jeder den Preis erhält, mit dem er in die Auktion gegangen ist. Daraus entsteht am Markt dann ein Durchschnittspreis. Vor Jahren entschied man sich auch im Sinne der Versorgungssicherheit gegen ein solches pay-as-bid Verfahren, weil die Gefahr besteht, dass Anbieter mit aggressiven Angeboten in den Markt gehen, die sie dann nicht halten können. Außerdem

⁷ Um die Mittagszeit des 11. und 12. Juni dieses Jahres lag der Preis pro Megawattstunde (day-ahead) unter fünf Euro. <https://transparency.entsoe.eu/dashboard/show>

würden Windparkbetreiber dann nicht mehr zu Grenzkosten anbieten, sondern sie würden versuchen, den jeweils aktuellen Durchschnittspreis zu erraten. Es ist nicht einmal klar, ob der Strompreis auf diese Art sinken würde. Umsetzbar wäre so ein Modell jedenfalls nur europaweit.

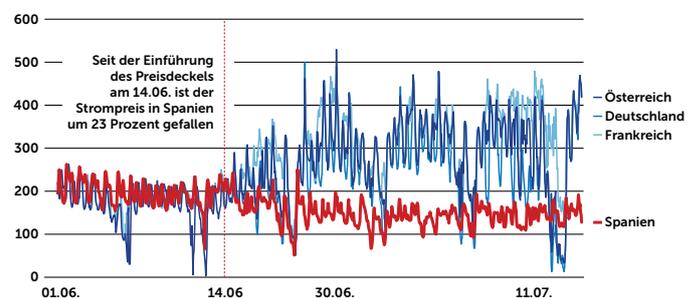
Andere Länder haben den Preis gedeckelt – warum machen wir es nicht nach?

Portugal, Frankreich und andere Länder haben die Strompreise gedeckelt. Die Konsequenzen sind haarsträubend: In Frankreich wird der Abgabepreis an die Endkunden staatlich vorgegeben; der Staat zahlt den Versorgern aber eine Art Entschädigung. Trotzdem muss der französische Stromkonzern EDF um 10 Milliarden Euro verstaatlicht werden, weil die weggebrochenen Einnahmen die Schuldenlast untragbar machten. Die französischen Steuerzahler müssen jetzt also die Aktionäre ausbezahlen und die Schulden übernehmen.

Abb. 4: Strompreise und Preisdeckel

Preisdeckel in Spanien bringt nur leichte Entlastung

– Entwicklung der Spotmarkt-Preise in Spanien, in Euro pro MWh



Quelle: e.venture (2022).



Auch der spanische Weg funktioniert nicht so, wie man sich das vorgestellt hatte. In Spanien wurde ein echter Preisdeckel eingeführt. Es handelt sich also um einen direkten Markteingriff. Auch hier bekommen die Versorger die Differenz zum Marktpreis ersetzt. Die Kosten in Höhe einiger Milliarden Euro sollen aber nicht aus dem öffentlichen Budget gedeckt, sondern wiederum auf alle Stromkunden umgelegt werden. Die Spanier zahlen sich ihren Preisdeckel also selbst; billiger wird die Energie dadurch nicht. Auch die direkte Wirkung auf die Preise ist überschaubar. Der Strompreis am Spotmarkt ist seit der Einführung des Preisdeckels um 23 Prozent gefallen.⁸

⁸ e.venture (2022).

Das hört sich gut an, hilft einem Haushalt, der schon vor der Krise knapp kalkulieren musste, aber nur wenig. Umso mehr, da sich der Strompreis im Vergleich zum letzten Jahr auch inklusive Preisdeckel vervielfacht hat.

Noch schlimmer ist: Durch den Preisdeckel sinken die Anreize, zu sparen. Gaskraftwerke können sich in der Merit Order in manchen Stunden nun sogar vor andere Technologien drängen. In der Folge liegt der Anteil der Gasverstromung in Spanien derzeit um acht Prozentpunkte höher als vor Einführung der Maßnahme, während überall sonst in Europa versucht wird, Gas einzusparen.⁹ Ganz grundsätzlich taugen Spanien und Portugal nicht als Vorbilder für Österreich: Beide Länder benötigten für ihre Preisdeckel eine Ausnahmegenehmigung der EU – die sie nur bekamen, weil sie kaum am europäischen Stromnetz hängen.

Die Aktionäre der Stromkonzerne machen enorme Gewinne. Ist das fair?

Bevor Stromversorger überhaupt Gewinne ausschütten können, werden sie mit der Körperschaftsteuer in Höhe von 25 Prozent belastet. Wenn die Empfänger in Österreich steuerpflichtig sind, zahlen sie auf ihren Anteil dann noch einmal Kapitalertragsteuer in Höhe von 27,5 Prozent. In Summe ist ein Euro Gewinn beim Anteilseigner also mit 45,6 Prozent Steuern belastet. Höhere Gewinne bedeuteten somit auch höhere Steuereinnahmen. Da die Stromversorger in Österreich zum allergrößten Teil der öffentlichen Hand gehören, steht auch der Großteil der Ausschüttungen nach Steuern dem Staat zu. Die Diskussion über „Übergewinne“ ist daher eine Scheindebatte. Der bei weitem größte Teil der Gewinne gehört ohnehin der öffentlichen Hand. Sie kann die Gewinne über Sonderdividenden aus dem Unternehmen herausziehen und sie ins Budget fließen lassen oder das Geld im Unternehmen belassen und kräftig in den Ausbau der Erneuerbaren investieren. Das wäre dann eine Art windfall profit für die Energiewende. Die Regierung könnte aber auch juristisch prüfen lassen, ob es möglich ist, Strom unterhalb der Gestehungskosten anzubieten. Dann gäbe es die hohen Gewinne gar nicht. All das ginge ohne Markteingriffe und deren negative Konsequenzen.

Was kann der Staat tun, ohne in den Markt einzugreifen?

Wenn schon kein Preisdeckel, dann wenigstens eine Deckelung der Stromrechnung, lautet derzeit die Devise. Der populärste Vorschlag wurde von WIFO-Chef Gabriel Felbermayr eingebracht und sieht vor, dass der Staat 80 Prozent des Vorjahres-Verbrauchs subventioniert. Die Haushalte müssten nur jenen Teil zu Marktpreisen bezahlen, der über diese 80 Prozent hinausgeht.¹⁰ Sollten sich die Preise verfünffachen, würden die Haushalte – bei gleichem Verbrauch wie im Vorjahr – in diesem Modell nicht mehr zahlen als zuvor. Steigen die Preise noch stärker, wird es teurer. Steigen die Preise weniger stark, zahlt man sogar weniger als früher. Aktuell wäre dieses Modell also eine Überförderung.

Der Vorschlag soll nicht nur die Grundversorgung der Haushalte sichern, sondern auch zum Sparen anregen. Je geringer der Verbrauch über die 80 Prozent des Vorjahres hinausgeht, desto geringer die finanzielle Belastung.

Neben den technischen Umsetzungsschwierigkeiten tun sich aber viele Fragen auf: Warum soll der Staat 80 Prozent des Stromverbrauchs subventionieren? Warum soll diese Menge gratis sein? Die Haushalte könnten ja wenigstens den Vorjahrespreis dafür zahlen. Was ist, wenn jemand eben erst umgezogen ist und es keinen Vorjahresverbrauch gibt, den man zur Berechnung heranziehen kann? Was, wenn sich die Haushaltsgröße verändert hat – etwa durch die Geburt eines Kindes? Was passiert mit Kunden, die vorausschauend einen Fixpreis vereinbart haben und am Ende mehr bezahlen als alle anderen?

Das WIFO hat in Anbetracht dieser Unklarheiten den Vorschlag aktualisiert und spricht mittlerweile von einer Ermäßigung des Preises.¹¹ Damit würde zumindest die Gefahr der Überförderung reduziert. Weiters sieht das Subventionsvolumen nur mehr 75 Prozent des Verbrauchs vor. Das Kontingent kann sowohl vom Verbrauch der drei vorangegangenen Jahre als auch von der Haushaltsgröße abhängen. In jedem Fall würde die Maßnahme in der Abwicklung zusätzliche Bürokratie nötig machen.

⁹ e.venture (2022).

¹⁰ <https://orf.at/stories/3275573/>.

¹¹ WIFO (2022).

Muss der Sozialstaat wirklich jedem helfen?

Drei Entlastungspakete gibt es schon, eine weitere Maßnahme würde die Maßnahmen noch weiter verteuern. Die wichtigste Frage ist aber, warum ausnahmslos alle Bürger in den Genuss einer staatlichen Unterstützung kommen sollen – auch jene, die es gar nicht nötig haben. Zwar war auch angedacht, den Zuschuss zu besteuern, womit die Förderung bei höheren Einkommen geringer ausfiele. Dennoch bleibt das Grundproblem erhalten: Menschen bekommen Geld vom Staat, die es eigentlich nicht brauchen. Und das ist nicht unproblematisch: Der Staat hat kein eigenes Geld, er verteilt nur um. Dieses System kann aber nicht funktionieren, wenn alle Empfänger sein wollen. Am Ende muss der Zuschuss finanziert werden. Und so werden sich die Bürger ihre Hilfszahlungen doch wieder selbst zahlen. Oder noch schlimmer: Sie lassen die Rechnung den nächsten Generationen zukommen.

Während das WIFO seinen Vorschlag konkretisierte, preschte das vor Landtagswahlen stehende Niederösterreich mit einer eigenen Idee vor, einem Strompreiserabatt. Es ist zu befürchten, dass andere Bundesländer folgen und, wieder einmal, ein unübersichtlicher Förderfleckerlteppich entsteht. Macht nun jedes Bundesland seinen eigenen Rechnungsdeckel? Wenn das WIFO-Modell auf Bundesebene dazu kommt, gäbe es vielleicht zehn verschiedene Entlastungen. Eventuell fällt auch noch der EU etwas ein, damit wären es elf – alles nur für den Bereich Strom. Den bereits beschlossenen Energiebonus und ohnehin bestehende Hilfen wie Energie- und Heizkostenzuschüsse müsste man noch dazu zählen. Eine effiziente und wirksame Politik ist damit nicht mehr zu machen.

Was spricht gegen umfassendere Hilfspakete?

Lange wurde das Risiko einer hohen Inflation in Österreich unterschätzt. Erst mit den rasant steigenden Preisen begann ein Wettbieten um die besten und größten Entlastungsprogramme. Die ersten beiden Antiteuerungspakete der Regierung haben die Inflationsentwicklung deutlich unterschätzt. Mit dem dritten Entlastungspaket wird voraussichtlich zumindest für die einkommensschwachen Haushalte ein Großteil, für die untersten 15 Prozent sogar die gesamte Teuerung kompensiert.¹² Spätestens nach den massiven Hilfen in der Corona-Pandemie hat sich aber auch die Erwartung

verändert. Die Bürger glauben, dass der Staat sie für jede finanzielle Last entschädigen muss. Aber das ist nicht möglich – und auch nicht sinnvoll: Ineffiziente, nicht treffsichere Hilfspakete können genau wie eine Überförderung die Situation verschlimmern.

Manche Haushalte können ihre Stromrechnung nicht mehr zahlen. Muss der Staat da nicht eingreifen?

Doch, das muss er natürlich. Wer Sozialleistungen bezieht oder wenig verdient, dürfte in der Regel auch nur über geringe Ersparnisse verfügen. Appelle zum Stromsparen treffen hier die Falschen. Haushalte im unteren Einkommensbereich dürften schon vor der Krise gespart haben, wo es ging. Außerdem bezieht sich die Stromrechnung auf das vergangene Jahr; sparen kann man aber nur im Hier und Jetzt. Es ist also keine Frage, ob der Sozialstaat solchen Menschen helfen muss. Aber dafür bräuchte es keine neuen, komplizierten Werkzeuge. Die bereits beschlossenen Entlastungspakete enthalten bereits bedarfsabhängige Transfers speziell für Haushalte im unteren Einkommenssegment.¹³ Dafür sind alle Vorarbeiten schon geleistet. Das geht schnell und erreicht wirklich nur jene Haushalte, die das Geld tatsächlich brauchen.

Das österreichische Sozialsystem ist sehr gut ausgebaut und verhindert viele Notlagen, bevor sie entstehen. Die aktuellen Forderungen und auch die ergriffenen Maßnahmen gehen aber längst über die eigentliche Zielgruppe hinaus. Dies ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Mehr Geld kann den Preisdruck erhöhen und damit die Inflation noch zusätzlich anfachen. Darunter würden einkommensschwache Haushalte wieder besonders leiden. Hilfen senken aber auch den Anreiz, selbst Energie zu sparen. Und natürlich ist staatliche Unterstützung niemals kostenlos. Bereits die Corona-Pandemie ließ den Schuldenberg stark steigen. Jedes Entlastungspaket, das die Regierung schnürt, muss früher oder später vom Steuerzahler finanziert werden. Deshalb soll der Staat sparsam haushalten und seine Fördermaschinerie nur einsetzen, um Notlagen zu vermeiden.

Der Staat hat kein eigenes Geld, er verteilt nur um. Am Ende muss der Zuschuss finanziert werden. Und so werden sich die Bürger ihre Hilfszahlungen doch wieder selbst zahlen.

¹² Sofern die aktuellen Inflationsprognose bis Jahresende nicht noch weiter angehoben werden.

¹³ Budgetdienst (2022).

Literatur

- Budgetdienst (2022).** 3. Maßnahmenpaket zum Teuerungsausgleich.
- Fiskalrat (2022).** Verteilungseffekte der Anti-Teuerung-Pakete (I, II und III) im Jahr 2022.
- e.venture (2022).** Zukunft des Österreichischen Strommarkts vor dem Hintergrund der Gaskrise. Mögliche Preisdeckel-Optionen und Auswirkungen auf die Verbraucher.
- WIFO (2022).** Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen zur Dämpfung der Energiepreise am Beispiel Strom. WIFO Research Briefs 18/2022.

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Jan Kluge

Mag. Hanno Lorenz

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**

agenda-austria.at